

Haushaltsrede 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Für mich geht es beim Haushalt darum, ob dieser meinen Anspruch nach Verteilungsgerechtigkeit ein Stück näher kommt. Vor allem, dass die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die mit schwachen Schultern, nicht noch weiter belastet werden.

Und natürlich möchte ich eine lebenswerte Stadt, in der alle Generationen miteinander solidarisch leben können. Deswegen mache ich nun einige Anmerkungen:

Errichtung einer Gesamtschule

Bildungspolitik, Schulpolitik und das Wohl unserer Kinder steht für mich an oberster Stelle. Denn: Bildung ist Zukunft! Dabei zählt für mich besonders der Elternwille.

Ich habe deshalb kein Verständnis dafür, wenn ich im BBV lesen muss, dass den Eltern möglicherweise gegen ihren Willen eine Sekundarschule aufs Auge gedrückt werden soll, obwohl eine Gesamtschule vielleicht eher dem Elternwille entsprechen würde. Bocholt würde es jedenfalls gut zu Gesicht stehen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Schülerinnen und Schülern ein längeres gemeinsames lernen ermöglichen. Deshalb hat für mich die Errichtung einer Gesamtschule oberste Priorität – und wie gesagt der Elternwille zählt für mich.

Bocholt sollte in Sachen Gesamtschule nicht länger abseits stehen. Und einfach mal zu unseren Nachbarstädten einen Blick werfen, die eher zum Thema haben, wann führen wir eine weitere Gesamtschule ein? Wir hier in Bocholt wollen doch sonst Weltstadt sein! In dieser Frage bin ich schon sehr gespannt auf die Ergebnisse zum Schulentwicklungsplan, der uns aber erst in den nächsten Tagen vorliegen wird.

Anbau Berufskolleg

Deswegen kann ich mich zum jetzigen Zeitpunkt nicht für das Vorhaben der Verwaltung aussprechen, die am geplanten Mensagebäude am Benölkenplatz ein Anbau fürs Berufskolleg errichten will. Bocholt muss selbstverständlich Berufsschulstandort bleiben! Es ist ohnehin unbefriedigend, wenn Schülerinnen und Schüler Fahrten nach Ahaus oder sonst wohin auf sich nehmen müssen. Um das mit dem Schulanbau zu entscheiden, sind aber zunächst Fakten und ausführlichere Informationen erforderlich, zumal es hier um sehr viel Geld geht.

Das die Kosten über die Mieten wieder rein kommen, mag ja sein. Aber 2,5 Mio. Euro, vielleicht sind es am Ende sogar 4 Mio. Euro, müssen vorfinanziert werden – und das über Jahre! Ob das am Ende dann tatsächlich auch alles so kommt, also die Investitionen über die Mieten wieder rein kommen werden, ist glaube ich eher eine Milchmädchenrechnung. Die mir vorliegenden Informationen dazu reichen mir für meine Entscheidung jedenfalls nicht

aus. Da müssen schon mehr Infos rüber kommen. Wenn gleich das gut angelegtes Geld ist, wenn wir es hätten.

Großprojekt KubAal

Anders sieht es beim Großprojekt KubAai aus.

Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, treten für dieses Projekt richtig in die Pedale. Das ist natürlich ihr gutes Recht. Und: Natürlich muss sich die Stadt weiterentwickeln. Das steht für mich außer Frage. Jedoch eher im sozialen Bereich und bei sozialen Projekten, als solche Millionen-Projekte über die Steuerzahler zu finanzieren, die am Ende durch Gebührenerhöhungen und Streichmaßnahmen dafür aufkommen müssen. Immerhin würde dieses Vorhaben nahezu 13 Millionen Euro verschlingen, sofern Bocholt dafür den Zuschlag erhält. Das kann man den Bürgern nicht zumuten. Hinzu kommt, dass solche Kosten erfahrungsgemäß am Ende viel höher ausfallen werden, als zunächst errechnet. Da gibt es wichtigeres, was einer finanziellen Förderung bedarf, zum Beispiel eine verstärkte Förderung im Jugendbereich, im Familienbereich, im Sportbereich und im Bildungsbereich. Wenn man den Bürgern die Vorzüge erklärt, sollte man ihnen aber auch erklären, wie es finanziert werden soll. Die Bürger werden jedoch im Unklaren gelassen.

Wir werden dieses Projekt daher auf keinen Fall mitragen.

Sozialticket

Wo der Rat mit meiner Unterstützung rechnen kann, ist beim Sozialticket.

Dazu hatte die Linke ja einen Bürgerantrag gestellt. Der Kern des Antrages: Bürger mit geringem Einkommen sollten im Monat für maximal 15,00 Euro den ÖPNV benutzen dürfen. Auch und gerade, um am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen zu können. Denn Mobilität ist Menschenrecht. Und muss für alle Menschen gelten und ermöglicht werden. Der Antrag wurde leider von CDU, FDP, Stadtpartei und mit der Stimme des Bürgermeisters abgelehnt.

Wenn ich mir mal betrachte, wie hier für manche Vorhaben einfach mal so Millionen an Geldern ausgegeben werden, ja sogar ohne mit der Wimper zu zucken, frage ich mich, was denken eigentlich die Betroffenen über die Entscheidungsträger?

Es ist nicht gerade die feinste Bocholter Art, wenn Politik und Verwaltung ihre Bürger mit geringem Einkommen im wahrsten Sinne des Wortes hängen lassen. Es wundert mich besonders, dass es die Parteien sind, deren Bundesparteien ohne Wenn und Aber über Nacht Milliarden den Banken geben – und das zum Teil ohne Vorbedingungen.

Dazu kann ich nur sagen: Gerech geht anders!

Kommunalfinanzen

Auch das ist überhaupt nicht gerechtfertigt, wenn sich der Landtag – wie vor einigen Wochen geschehen - mit den Stimmen von SPD, Grüne und CDU eine Diätenerhöhung von monatlich 500,00 Euro genehmigt hat. Frei nach dem Motto: Wir sind es uns Wert! Erklären sie das mal einem Hartz-IV-Empfänger, der im Monat noch nicht einmal 400,00 Euro zum Leben bekommt.

Die Ungerechtigkeit stinkt zum Himmel!

Und dann noch das: Vor zwei Wochen hat sich der Landtag von NRW vorzeitig aufgelöst. Die Minderheitsregierung hat ganz klar die Neuwahl provoziert. Die Neuwahl kostet den Steuerzahlern übrigens 45 Millionen Euro.

Im Landeshaushalt 2012 waren Steuereinnahmen von 4,1 Milliarden veranschlagt. Nur ein Bruchteil davon hätte gereicht, um beispielsweise ein Sozialticket über das Jahr 2012 hinaus zu finanzieren, mehr gute KiTa-Plätze oder dringend benötigte Sozialwohnungen für die Menschen – auch hier in Bocholt – möglich zu machen. Die öffentlichen Haushalte sind natürlich unterfinanziert. Was ist dafür der Grund?

Ich kann es ihnen sagen: Steuergeschenke für Reiche und Rettungsschirme für Banken.

Wir brauchen aber nun endlich einen Rettungsschirm für die Menschen und für die besonders Benachteiligten.

Wir fordern mehr soziale Gerechtigkeit – auch für Bocholt!

In Zeiten von Leiharbeit, unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und Rentenkürzungen sind öffentliche Einrichtungen besonders gefordert. Die Kommunen müssen finanziell dringend besser ausgestattet werden. Auch der Finanztopf in Bocholt könnte mal wieder aufgefüllt werden!

Deshalb:

- Es darf keine Steuersenkung zu Lasten der Kommunen mehr geben!
- Setzen Sie sich in ihren Parteien dafür ein die Finanzierung der Kommunen zu stärken!
- Wir brauchen eine Millionärssteuer und höhere Spitzensteuersätze!
- Und: Steuerhinterziehung muss stärker bekämpft werden!

Hartz-IV

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Mittlerweile ist jedes vierte bis fünfte Kind von Armut betroffen

Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger soll zwar leicht gesunken sein. Doch nehmen die Beschäftigten im Niedriglohnbereich zu und damit erhöht sich auch die Zahl derer, die zusätzlich Hartz-IV in Anspruch nehmen könnten. Doch wir alle wissen, dass manche gar nicht auf die Idee kommen oder sich schämen, solche Leistungen zu beantragen.

Die Folge ist, dass beispielsweise Frauen bei WM-Logistik für einen Stundenlohn von 5,63 Euro Telefone für Gigaset montieren. Abgesehen von den Hungerlöhnen bekommen diese Frauen weder bezahlten Urlaub, noch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Feiertagsbezahlung gibt es für sie ebenso nicht. Bestimmt ist das nicht der einzige Betrieb in Bocholt, der Menschen ausbeutet. Vielleicht ist das ja mal ein Thema für die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Hünting? Denn hier ist dringender Handlungsbedarf. Schließlich darf Arbeit nicht Arm machen!

Schuldendeckel / Abstimmung

Der Haushalt ist nicht ausgeglichen. Er weist ein Defizit von rund zwei Mio. Euro aus.

Dieses Defizit hätte sicherlich vermieden werden können, wenn man beispielsweise die Gewerbesteuern etwas erhöht hätte.

Mehr Sorgen bereitet mir aber der immer wiederkehrende Versuch der CDU-Fraktion den sogenannten Schuldendeckel abzusenken. Das bedeutet nämlich nichts anderes, als dass die Bürger, besonders die Normalbürger mit schmalen Geldbeutel, zur Ader gelassen werden, wenn der Ausgaben-Pegel diese Obergrenze erreicht hat.

Herr Panhofen, setzen sie sich doch in ihrer Partei mal für eine Millionärssteuer ein! Dann wäre das Thema ein für allemal doch durch.

Allerdings empfinde ich es als äußerst linkisch, wenn nach der Verabschiedung des Haushalts die Bürger durch Streichaktionen oder Gebührenerhöhungen zur Kasse gebeten würden.

Sie Herr Triphaus haben dann bei mir, besonders aber bei den Bürgerinnen und Bürgern verspielt. Denn die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass vor allem die Verwaltung ehrlich mit dem umgeht, was sie auf den Tisch legt.

Wie verhalte ich mich bei der Abstimmung?

Wir haben uns gestern nochmals über diesen Haushalt beraten und sind zum Ergebnis gekommen, das ich mich bei der Beschlussfassung zu diesem Haushalt der Stimme enthalten werde.